

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1906**

37 (13.2.1906) [Zweites Blatt]



hätte, zu fragen? Stellen Sie sich einmal vor, man würde denselben Standpunkt in bezug auf die Schulen, hinsichtlich unserer Landstraßen und anderer Einrichtungen einnehmen, in die wir doch viele Hunderttausende hineinstecken müssen, ohne daß wir einen Pfennig direkter Einnahmen daraus ziehen! Dort stellen wir uns doch auf den Standpunkt der Volkswirtschaft, wir sagen: das muß der Staat machen, ohne das kommt der Staat nicht aus! Ja, kommt denn der Staat ohne Eisenbahnen aus? Wo bleibt denn die Berechnung der indirekten Rente, die der Staat aus der Eisenbahn zieht? Die darf er doch nicht vollständig außer acht lassen. Es ist ja etwas ganz anderes, wenn der Staat Besitzer der Eisenbahn ist, als wenn irgend eine Aktiengesellschaft die Eisenbahn im Besitz hat; die Aktiengesellschaft muß natürlich mit der direkten Rente rechnen — und wenn diese Rente nicht der durchschnittlichen Rente aus dem Kapital, das die Gesellschaft hineinsteckt hat in die Eisenbahnen, entspricht, dann ist der Aktionär unzufrieden — und mit Recht! Aber der Staat zieht doch nicht bloß die direkte Rente — sondern er zieht auch die indirekte Rente. Die Steuerquellen des Staates sind immer dann am stärksten, wo der Verkehr am lebhaftesten ist. Daraus muß man aber als Staatsmann auch die Konsequenzen ziehen; man darf sich nicht einseitig auf den bürokratisch-fiskalischen Standpunkt stellen.

Dann werden auch unsere Eisenbahnen wahrhaftig nicht rationell betrieben. Da sollte wirklich einmal ein Programm an die Spitze unserer Eisenbahnen kommen; der künftige Reformen durchzuführen, Reformen, die dem Kolle einen Nutzen bringen würden, den wir uns heute gar nicht vorstellen können. Der Zustand, wie heute in unserer Eisenbahn gewirtschaftet wird, wie da ohne Rücksicht darauf, ob Zuschüsse geleistet werden müssen, oder nicht, fortgewürfelt wird, kann auf die Dauer nicht bestehen. Ich erinnere nur an die Beibehaltung der 1. Klasse. Alle Welt ist sich klar, daß diese Klasse ganz unrentabel ist und nur von einer ganz bestimmten kleinen Anzahl von Leuten, die auf Kosten anderer Leute reisen, benutzt wird, solche Zustände werden beibehalten, da hört man nicht, daß gepart werden kann, ungeheuer gepart werden kann. Im Gegenteil, man möchte lieber noch ein paar Klassen dazu machen. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!)

(Schluß folgt.)

## Parteitag

der badischen Sozialdemokratie  
am 10. und 11. Februar in Karlsruhe.

(Nachmittags-Sitzung. — Schluß.)

Auf Antrag wird die Abfassung des Punktes Organisations- und Agitation beschlossen, doch soll Genosse Eichhorn diesen Punkt im Volksfreund ausführlich behandeln.

Ueber das Thema: Städte- und Gemeindeordnung referiert nunmehr Genosse Süßkind-Mannheim. Er sagt: Die Frage der Regelung der Städte- und Gemeindeordnung sei wohl eine der ältesten und auch dringendsten Forderungen, welche die Sozialdemokratie heutzutage erhebt. Die jetzige Städte- und Gemeindeordnung datiert schon circa 30 Jahre zurück und war bei ihrer damaligen Einführung speziell auf kleinere Städte zugeschnitten. Durch die erfolgte industrielle Entwicklung und der damit erfolgten Vergrößerung der Städte ist jedoch eine Änderung dieses Gesetzes erforderlich. Schon im Jahre 1897 fand in Karlsruhe eine Konferenz statt, die sich mit einer Reform dieses Gesetzes beschäftigte; und schon damals hat man zugegeben, daß selbst die Städteordnung in Preußen und sogar in Rußland besser sei als die in Baden, namentlich in freiwirtschaftlicher Beziehung. Ein Teil unserer Gemeinden wählt heute schon ihre Gemeinderäte und Bürgermeister direkt, so daß die Einwohnerzahl die Höhe von 2000 nicht überschreitet. Durch die industrielle Entwicklung gehen aber immer mehr Gemeinden dieses direkten Wahlrechts verlustig, was im besonderen auf deren Abwanderung hinweist.

Wir haben aber auch noch das Dreiklassenwahlrecht, das Bismarck schon als das ungerechteste aller Wahlrechte gekennzeichnet hat. Ein besonderer Nachteil ist dies für die Arbeiterklasse, da die 1. und 2. Klasse die 3. Klasse majorisiert. Trotz dieser Ungleichheit in der 3. Klasse des Bürgerausschusses bewilligt man auch der Sozialdemokratie entweder gar keine Stadträte wie in Karlsruhe, oder man bewilligt solche: Seine aus Gnade, wie es in Mannheim und Pforzheim geschehen ist, ohne dabei auf die nach den proportionalen Verhältnissen zustehende Vertreterzahl Rücksicht zu nehmen. Es muß dabei betont werden, daß die Vertreter der Städte, der Bürgermeister, und die Anerkennung ausgeprochen haben, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Bürgerausschüssen die zu lösenden Fragen immer von großen Gesichtspunkten aus betrachtet und danach gehandelt haben. Die jetzigen Verhältnisse scheinen nach Abhilfe. Jetzt habe die Zentrumspartei einen Antrag im Landtag eingebracht, der aber nur auf eine Reform der Gemeinde-, nicht aber der Städteordnung hinausläuft. Auch will der Antrag kein direktes Wahlrecht, sondern nur eine Sechstel-Einteilung. Damit wollen sie aber nur mit den liberalen ländlichen Kathansmehrheiten brechen und sich selbst die Majorität in der 2. Klasse sichern. Es handelt sich beim Zentrum nicht um eine gesunde Reform der Gemeindeordnung, sondern um eine Befestigung ihrer Herrschaft. Der Antrag des Zentrums muß deshalb von der Sozialdemokratie auf das schärfste bekämpft werden. Wir wollen in erster Linie das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. In den jetzigen Bürgerausschüssen ist die Macht der Bürgermeister eine viel zu große, was Referent an der Hand der Praxis veranschaulicht. Die Geschäftsordnung des Bürgerausschusses müsse unbedingt geregelt werden und dürfen diese Autokratie nicht mehr so weiter gehen. Wir haben Anträge eingebracht, daß der Schutz des Wahlgeheimnisses und die landesgesetzliche Festlegung der Wahlzeiten unter allen Umständen gewährleistet werden müssen, damit auch der Arbeiterklasse Gelegenheit gegeben wird, ihr Wahlrecht auszuüben und sie nicht auf die Gnade der Bürgermeister angewiesen ist. Es wird uns auch vorgeworfen, daß wir durch die Einführung des gleichen Wahlrechts die unumschränkte Herrschaft auf den Katholiken ausüben würden, dem sei jedoch entgegengehalten, daß wir auch die Einführung des Proporzgesetzen, nach dem alle Parteien zu ihrer Vertretung, ihrer Stärke entsprechend gelangen und daher eine Majorisierung vollständig ausgeschlossen sei.

Ueber die Frage, ob Einzimmer- oder Zweikammer-system, könnte man geteilter Meinung sein, es kommt nur auf die Beurteilung der Situation an. Behalten wir das Zweikammersystem bei, so mußte auch dafür gesorgt werden, daß der Bürgerausschuss über seine eingetragenen Anträge ohne Mitwirkung des Stadtrates abstimmen und nicht, wie es die jetzige Gemeindeordnung vorsieht, der Stadtrat solche Anträge ablehnen kann. Was nun die Verwaltung selbst betrifft, so müssen in den einzelnen Kreisen Kommissare zur Mitarbeit herangezogen werden, wie dies in vielen Städten schon der Fall ist. Eine weitergehende Änderung müsse dahingehend angestrebt werden, daß die Stadträte nicht mehr im Ehrenamt funktionieren, sondern besoldet werden. Ein unbilliger Zustand sei es auch, daß die städtische Polizei dem Staate unterstehe und dieselbe von den Städten selbst bezahlt werden muß. Wird eine dahingehende Änderung getroffen, so wird es auch nicht mehr vorkommen, daß man von der städtischen Polizei, die aus den städtischen Steuern bezahlt wird, sich mit dem Säbel bedroht sieht, ohne Einfluß darauf zu haben. (Weißall.)

Was nun unsere Kreisverfassung anlangt, so habe selbst Minister Söntgen den Wahlmodus zu den Kreisräten als unhaltbar bezeichnet. Unter den heutigen Umständen kann sich die Sozialdemokratie unmöglich an diesen Wahlen beteiligen, da die Kosten hierfür in umgekehrtem Verhältnis zu dem zu erwartenden Erfolge stehen. Auf den Kreisräten werden Punkte erledigt, die für die Arbeiterklasse von ganz eminenter Bedeutung sind, er erinnere hierbei nur an die Armen- und Krankenpflege. Auch die Erneuerung der Bezirkskollektorate, die im letzten Jahre, wodurch einem großen Teil der Bevölkerung durch dieses Wahlrecht der Einfluß hierauf genommen wird. Aus allen diesen angeführten Tatsachen ergebe sich also, daß in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Institution eine Veränderung auch in dieser Beziehung in absehbarer Zeit herbeigeführt werden müsse durch Abänderung dieses Gesetzes. (Weißall.)

Ueber das Referat wird Diskussion nicht beliebt. In Stelle des durch plötzliches Unwohlsein verhinderten Genossen v. Wed sprich Gen. Eichhorn über das Thema: Sozialdemokratie und Volksschule. Er führt aus: Seit fast 40 Jahren sind wir bezüglich des Lehrplanes der Volksschulen nicht vorwärts gekommen. Die gemauerten Umwälzungen der letzten Jahrzehnte sind vergeblich an unserer Volksschule vorübergegangen. Das beweisen die Petitionen der Lehrer an den badischen Landtag. Die Liberalen haben sich mit Schreierformen begnügt. Das Zentrum hat aus seiner Schulfreundlichkeit niemals ein Hehl gemacht, sich aber im Laufe der letzten Jahre aus Klugheit mit den erzielten Reformen abgefunden. Zu konstatieren sei, daß unter der Herrschaft des Liberalismus leider für die Schule nicht das Gesehene sei, was die heutige Zeit verlangt. Die Regierung hat manches versprochen, aber nicht viel gehalten. Vor allem ist der große Lehrerangel zu beklagen. Die verprochenen Gehaltssteigerungen sind nicht so ausgefallen, wie es im Interesse der Lehrer und Schüler zu wünschen gewesen wäre. Zu bedauern sei auch, daß die Kosten dieser Gehaltssteigerungen den Gemeinden in der Hauptsache auferlegt worden seien. Die Regierung müßte sich bei ihrer Reform des Lehrplans auf die fortgeschrittenen Schulen stützen. Was unsere Kinder lernen, ist vollständig ungenügend; häufig eine gewisse Kasernenerschulung. Es wird viel zu mechanisch verfahren und zu wenig individualisiert. Die Schuld trifft nicht die Lehrer, sondern das System. Verlangt man werden eine Verringerung der Schülerzahl und eine gründliche Umänderung des Lehrplanes, mit Ausschließung aller konfessionellen Gesichtspunkte. Die bishigen Simultanfakultäten sind gar keine noch im hohen Maße eingetragene Konfessionen sind immer noch im hohen Maße eingetragene Konfessionen. Das Zentrum arbeite in der Volksschulfrage nach dem Grundsatze: Dem Kolle muß die Religion erhalten werden. Wir werden auch in dieser Zeit des Kolles energisch kämpfen. Als Ideal ist zu bezeichnen die unentgeltliche Staatschule, die konfessionell und religionslos sein muß. In die Volksschule muß sich angliedern die Gewerbeschule, die Handelsschule und mit dieser wiederum hat sich die Berufsschule der jungen Leute aufzubauen. Damit ist der Zustand erreicht, wie die heranwachsende Generation nicht nur dem harten Kampfe ums Dasein gewachsen ist, sie kann auch gelten als wahre Fortkämpferin für Kultur, Freiheit und Gerechtigkeit. (Weißall.)

In Anbetracht der vorgerückten Zeit wird auch bei diesem Punkte von einer Diskussion Abstand genommen. Der nachfolgende Antrag findet Annahme:

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird beauftragt, bei gegebener Gelegenheit in der Zweiten Kammer dahin zu wirken, daß Bestimmungen in das Elementarunterrichtsgesetz aufgenommen werden, wonach die Geistlichen aller Konfessionen aus den Schulverwaltungsstellen ausgeschieden werden.

Man geht über zur Beratung der noch nicht erledigten Anträge. Agitiert wird auf Vorschlag Carl v. Freyberg der Vorschlag des Landesvorstandes in bezug auf die Honorierung der Redner. Auch der Antrag der Parteigenossen von Dalman:

Der Parteitag möge beschließen: In denjenigen Orten, in denen Organisationen bestehen, dürfen bei Kommunalwahlen nur solche Kandidaten aufgestellt werden, welche Mitglieder der Organisation sind, oder die Partei finanziell dauernd unterstützen wird angenommen.

Als die Orte, welche die Redner für die geschäftliche Leitung der Parteizweige zu stellen haben, werden bestimmt: Freiburg, Mannheim und Pforzheim.

Zum Protokoll wird Bescheid bestimmt; dieses hat die Mitglieder des neuen Landesvorstandes zu wählen.

Der nächste Parteitag findet in Freiburg statt. Folgende Resolution wurde nach kurzer Beratung durch Eichhorn, Karlsruhe und v. Wed. Mannheim als Anhalt des Parteitag festgelegt:

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Badens spricht den herzlichsten Glückwünschen aus und vertritt, ihnen nach wie vor auch materiell hilfreich zur Seite zu stehen.

Gleichzeitig gibt der Parteitag seiner Unterstützung über die provokatorischen Gewaltmaßnahmen, welche die badischen Polizeibehörden anlässlich des „roten Sonntags“ getroffen hatten, und weist die darin zum Ausdruck gekommene Geringschätzung und Mißachtung der sozialistischen Arbeiterklasse mit aller Entschiedenheit zurück.

Gen. Wagner-Mannheim überbringt dem Parteitag noch die Grüße der Jugendkonferenz, worauf der 2. Vorsitzende Breitenfeld-Vorach den diesjährigen Parteitag mit einem Danke an die Karlsruhe'genossen schloß.

## Badischer Landtag.

(24. Sitzung.)

## Karlsruhe, 10. Febr.

Präsident Birkens eröffnet nach 9 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch das Gesamtministerium.

Fortsetzung der allgemeinen Finanzdebatten.

Präsident Birkens teilt mit, daß eine Verständigung darüber zustande gekommen, daß über die politische Lage von jeder Partei nur noch ein Redner sprechen werde.

Abg. Schöfer (Zentr.): Die Angriffe aus das Wahlflugblatt „Waldmichel“ seien sehr heftig, aber ebenso unbegründet gewesen. Er erkläre, daß er seine Angriffe lediglich gegen die Sozialdemokratie des Jungliberalismus gerichtet habe. Das Blatt sei auch gerichtet gewesen gegen die Angriffe eines Grafmann und anderer. Ein Zentrum sei ihm nicht nachgewiesen worden; seine Fraktionsgenossen hätten von dem Waldmichel auch keine Kenntnis gehabt, wie er es denn vermerken, über denselben zu sprechen. Er müsse die Angriffe, wie sie ihm von Obhergeher zuteil gekommen, zurückweisen, da er weder Senator noch der Hausnachrichtschreiber sei. Der Redner geht sodann auf die einzelnen Vorwürfe, die dem Waldmichel gemacht, des näheren ein und betont, daß das Verhalten zur Krone im Waldmichel himmelhoch übertraffen werde durch das Verhalten der Nationalliberalen gegen die Krone in den hinter uns liegenden Zeiten. Wenn man ihm weiter vorgeworfen, der Waldmichel habe das Volk verhöhnt, so möchte er Wahlflugblätter und Zirkulare der Protestanten zitieren, in denen die katholische Kirche schwer angegriffen. Wer im Glashaussitz, solle nicht mit Steinen werfen. Redner kommt auf den Fall Casper zu sprechen und die Behandlung desselben in diesem Hause, denn man hätte zum mindesten die Aburteilung durch die Gerichte abwarten sollen.

Abg. Benedek (Dem.) betont, daß die Rede des Vorredners von neuem bewiesen habe, daß der alte scho-

listische Geist der Volksschule noch munter lebe und unter uns herumwandle. Wenn der Herr Casper durch Gendarmen abgeführt worden sei, so sei derselbe eines schweren Verbrechens beschuldigt, man müsse dies in Betracht ziehen. Das Zentrum habe aber nichts dagegen einzuwenden gehabt, als die Gendarmen eine paar Wahlzettelverteiler durch ein halbes Dutzend Bürger transportiert habe. (Widerspruch.) Redner geht sodann auf das Budget ein und hält die finanzielle Lage durchaus nicht für so schwarz, wie sie der Finanzminister geschildert. Was die Reichsfinanzpolitik betreffe, so gebe er zu, daß eine Finanzreform geboten, doch möchte er in allen Punkten das Wort reden. Die Steuerfrage auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer könnte doch bei weitem härter noch abgemessen werden. Redner geht sodann auf die Reichspolitik etwas näher ein, durch die ein absolutistischer und zentralistischer Zug gehe, den man nur bedauern müsse. Er möchte fast sagen, daß Deutschland immer mehr in die Rolle hineinkomme, die Frankreich unter Napoleon gespielt. Die Sabel-tastenden Friedensreden halte er für sehr bedenklich; er möchte dabei auch an die kriegerische Rede erinnern, die Bismarck kürzlich gehalten und die besser unterblieben. Alles dies könne im Auslande keinen guten Eindruck machen und was würden wir wohl sagen, wenn solche Reden im Auslande gehalten würden. Auch in der inneren Entwicklung mache sich der absolutistische Zug geltend, was sich sehr bemerkbar. Ein Auszug dieses Regiments sei das Verhalten der Regierung gegen die sozialistischen Kundgebungen am 21. Januar gewesen. Die Maßregeln seien vollkommen berechtigt gewesen, denn sie haben nur dazu beigetragen, die Bedeutung der Sozialdemokraten in der hiesigen Bevölkerung zu stellen, dadurch sei die Sozialdemokratie in Deutschland im Gegensatz zu anderen Staaten zu einer Bedeutung gelangt, wie sonst nirgends anderswo. Redner geht sodann auf den bekannten Vortrag in Konstanz ein, wo man Dr. Adler in Wien und Greulich in Zürich das öffentliche Auftreten verboten habe. Mit solchen Maßregeln erziehe man das Gegenteil, man stärke diejenigen, die man eigentlich treffen wolle. Man müsse aber auch bedenken, welchen Eindruck solche Maßregeln im Auslande machten. Die Haltung vor Deutschland und der Welt werde dadurch nicht erhöht. Redner anerkennt sodann das Bündnis mit der Sozialdemokratie und betont, daß die Gefahr einer Heranziehung der Reichsregierung nicht größer sei, als das Zentrum heute zugeben wolle. Man habe also alle Ursache gehabt, sich zusammenzuschließen; unter der früheren Wahlvereinstellung sei das Zentrum eine geborene Minorität gewesen, heute sei das allerdings anders. Redner polemisiert sodann gegen Behner, der das Zentrum als eine moderne Partei hingestellt habe; er verweise darauf, daß man in den ländlichen Wahlkreisen vielfach seitens des Zentrums damit operierte, daß man dem Kolle sagte: wenn ihr liberal wählt, müßt ihr mehr lernen! (Widerspruch.) Als eine Notwendigkeit sei der Zusammenschluß aus dem Kolle empfunden und mit einer gewissen Begeisterung aufgenommen worden. Entschieden müsse er den Vorwurf Billows zurückweisen, als ob das Bündnis eine tief bedauerliche Verirrung gewesen sei. Wenn der Reichstagsminister in seiner Jahres-Bericht seine größere Verwirrung bezeugen, dann sei es besser um das deutsche Reich bestellt. Er müsse auch den Vorwurf zurückweisen, als ob die Demokratie sich dem Zentrum gegenüber unbillig benommen hätte; die Demokratie habe stets in aller dieser Zeit ihren demokratischen Standpunkt eingehalten und wenn jemand abgesehen, so sei es höchstens das Zentrum selbst gewesen, das sich bei der Agitation des demokratischen Geistes vielfach bedient habe. Zum Schluß geht Redner auf die bekannte Haltung des Zentrums in Sachen der Verfassungsreform am Schluß des letzten Landtags näher ein. Im Lande habe diese Haltung sehr auffallend gewirkt und die Wahlen gewonnen des Liberalismus geschadet. Das Volk habe sich dies gemerkt und gezeigt, doch es sich der alten liberalen Tradition der badischen Landesbewegung. (Weißall.)

Abg. Lehmann (Soz.):

Im Laufe der Debatte war die Sozialdemokratie wiederholt mehr oder weniger als Objekt für verschiedene Angriffe benützt, insbesondere soweit die Bündnisfähigkeit in Betracht kommt. Die gegen unsere Partei von der gegnerischen Seite angewandte Agitation beruht zum größeren Teile auf einer völligen Unkenntnis unserer Ziele und Theorien. Aber die jetzt, kommt zu einem ganz anderen Urteil über unsere Partei. Wegen des Bündnisses brauchen sich die beiden großen bürgerlichen Parteien keine Vorwürfe zu machen. Bündnisse mit der Sozialdemokratie sind doch nichts Neues mehr. Die Köln. Ztg. hat schon vor mehr als 15 Jahren uns als kleineren Übel bezeichnet. Und das Zentrum war bei den letzten Landtagswahlen nicht grundtätig abgeneigt, mit uns für die Stichwahlen da und dort ein Abkommen zu treffen. Wir hätten rein zahlenmäßig wahrscheinlich ein besseres Geschäft gemacht. Wir haben es aber abgelehnt, weil wir es nicht verantworten konnten, eine Zentrumsmehrheit zu schaffen. Selbstverständlich hat sich die Stellung unserer Partei gegenüber den Nationalliberalen nicht im mindesten geändert, der gegenseitige Kampf wird auch in Zukunft in aller Schärfe geführt werden. Wenn das Zentrum sagt, es sei nicht bildungsfeindlich, so ist das jedenfalls nicht zutreffend. Das Zentrum steht prinzipiell auf dem Boden der Konfessionsschule. (Zuruf vom Abg. Dieterle: Sie wollen die religionslose Schule.) Abg. Lehmann fortfahrend: Gewiß, die wollen wir, aber nicht die Abschaffung der Religion. In Frankreich, wo die Religion aus dem Schulunterricht entfernt ist, wird jede Woche ein ganzer Tag zur Erteilung des Religionsunterrichts hergegeben.

In Preußen tritt das Zentrum mit aller Entschiedenheit für die Konfessionsschule ein. Wie das Zentrum über die Volksschule denkt, hat der verstorbenen Abg. Reichensperger bei Beratung der feineren gefallenen Unterrichtsgeheimnisse im preussischen Landtag deutlich gekennzeichnet. Er hat die meisten Unterrichtsgegenstände unserer Volksschule, wie Geographie, Lesen usw. als überflüssig bezeichnet. Und wo haben Sie denn Ihren größten Anhang? Etwa dort, wo die Schulen am besten oder am schlechtesten sind? Ihre Vertreter sind fast durchweg in ländlichen Wahlkreisen gewählt. In den Städten ist Ihr Anhang lange nicht so groß. (Sehr richtig.) Das Zentrum spielt hier auch den Toleranten. Nun, wie es mit dieser Toleranz steht, das zeigen Ihre Flugblätter. Der Standpunkt, den der Abg. Behner hier wiederholt vertreten hat, steht im Widerspruch mit den Taten des Zentrums. Was Benedek über die Haltung des Zentrums bei der Wahlrechtsreform auf dem letzten Landtag gesagt habe, könne er nur bestätigen. Wäre die Wahlrechtsreform nicht nach den Wünschen des Zentrums gemacht worden, so hätte das Zentrum die Reform scheitern lassen. Das Zentrum hat in solchen Fragen eben keine Prinzipien.

Der Staatsminister habe den Eindruck gemacht, daß er die Sozialdemokratie gegenüber nervös geworden sei. Er habe u. a. gesagt, die Sozialdemokraten würden in den Versammlungen zu strafbaren Handlungen auffordern. Soffentlich ziehe der Staatsminister diesen Ausdruck zurück, jedenfalls verbitten wir uns solche Unterstellungen. Auch

der Vorwurf, wir arbeiteten indirekt auf die Durchführung der Revolution, ist hinfällig. Die Staatsanwälte würden uns dafür längst auf die Anklagebank geschleppt haben.

Ich will bei dieser Gelegenheit auf die Vorgänge in Mannheim am 21. Januar kurz zu sprechen kommen. Dort hat man die Schulente mit Revolvern bewaffnet, sie ohne Mantel furchend auf der Straße herumziehen lassen. Dann schickt man noch junge Leute in die Versammlung, um dieselbe zu übermühen, Leute, denen der nötige Wille für die Situation und die nötige Erfahrung fehlt. Die Versammlung wurde aufgelöst und 5000 Staatsbürger wie Schulbuben nach Hause geschickt. Die polizeilichen Maßnahmen waren förmliche Provokationen. Wenn trotzdem nicht das geringste bekommen ist, so ist das nur der guten Disziplin der sozialdemokratischen Arbeiter zu danken. Wenn die Meinung bestehen sollte, daß der Arbeiter etwas weniger ausgebildetes Ehrgefühl habe, so täuscht man sich. Der Minister habe die hier wiederholt besprochene unerbittliche Verhaftung zweier Arbeiter wegen einer Bagatelle spahhaft behandelt. Bedenkt denn der Minister über solche Vorgänge, die doch die entscheidende Mißbilligung verdienen. Die Spässe des Ministers waren geeignet, das Ehrgefühl der Arbeiter zu verletzen.

Ich möchte noch kurz auf die Sozialpolitik zu sprechen kommen. Da liegt vieles im Argen; es ist ein Stillstand auf diesem Gebiete eingetreten. Es wäre an der Zeit, die ganze Sozialverbesserung zu vereinheitlichen. Bezüglich der Geschworenenengergel haben wir vor zwei Jahren den Antrag der Arbeiter und eine entsprechende Entschädigung gemacht. Es ist in dieser Richtung seitens der badischen Regierung nichts geschehen. Die Aufhebung der Gefängnisordnung wäre auch endlich getrieben. Die Zahl der Fabrikinspektoren reicht zu einer gründlichen Inspektion nicht aus.

Zum Schluß möchte ich mich noch kurz mit der Finanzfrage beschäftigen. Die vom Finanzminister gegen den Abg. Kolb gerichteten Vorwürfe waren durchaus unzutreffend. Daß die tatsächlichen Einnahmen des Voranschlags fort und fort noch beträchtlich übersteigen, kann doch nicht bestritten werden. Durch diese Art der Budgetaufstellung drückt man sich um die Wünsche und Forderungen der Arbeiter und unteren Beamten. Die Aufbringung der Mittel hängt wesentlich davon ab, wie die Steuern aufgebracht werden. Da heißt es immer, man darf die Reichen nicht allzu sehr belasten, sonst wandern sie aus. Deshalb behalte man die „tragfähigen“ Schultern, indem man die indirekten Steuern fort und fort erhöht. Die des Finanzministers über die Schuldendurchführung hätte er besser im Reichstag gehalten. Man hat aber noch nie etwas davon gehört, daß dort die badische Regierung gegen die Schuldendurchführung opponiert habe. Die Kulturaufgaben haben bei uns nicht gelitten, das kann nicht bestritten werden.

Die Behauptung des Abg. Behner, daß die Sozialdemokratie bereit gewesen wäre, das Budget der Zweiten bad. Kammer zugunsten der Ersten Kammer preiszugeben, ist unmaß. Der Abg. Eichhorn, auf den sich das Zentrum stützt, hat eine klare, bestimmte Erklärung in dieser Sache abgegeben und die muß Ihnen genügen. Man darf wissen, daß die Regierung die Frage zu richten. Wie stellt sich die Regierung gegenüber der Sozialdemokratie im Falle des Ausbruchs eines Krieges? Im Ulaß habe man für diesen Fall die 2. Kammer um fünfjähriger Sozialdemokr. Führer vorgelesen. Welche Dinge beweisen, wie wenig man von der Sozialdemokratie weiß und versteht. Sie mehr Freiheit und Wohlstand wir haben, je mehr der Arbeiter als gleichberechtigt behandelt wird, desto mehr wird er sein Vaterland lieben. Unsere Bestrebungen entbehren edler Motive. Sie können die gewalttätige Bewegung des Sozialismus nicht aufhalten, wenn sie die Kultur nicht schädigen wollen.

Minister Söntgen wendet sich gegen Benedek, der ausgeführt, daß das deutsche Reich dieselbe Rolle spiele wie Frankreich unter Napoleon. Er möchte doch betonen, daß man bei der Beurteilung der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht auf einzelne Reden zurückgreifen, sondern auf Taten sehen müsse. Er möchte darauf hin, daß Deutschland seit 1870 den Weltfrieden erhalten habe. Das stonitzer Verbot an einigen Reichsständen, bei der Versammlung öffentlich aufzutreten, sei von Benedek gleichfalls für verwerflich gehalten worden. Der Sozialdemokratie beileide es wenig mit der gleichen Partei anderer Staaten die Regierung zu kritisieren, deshalb sei das Jahres-Budget erfolgt und der Reichstagskanzler habe in dieser Angelegenheit sich auch an die badische Regierung gewandt, zu erwägen, ob nicht im Interesse der auswärtigen Angelegenheiten das rednerische Auftreten der ausländischen Sozialdemokraten zu unterlassen sei. Bei der elektrischen Spannung, die am politischen Himmel geherrschet, sei man bei den Wünschen gern nachgegeben. Man habe auch das Aufgehör der Polizei in den Versammlungen kritisiert, das habe sich durchaus nicht so schlimm gezeigt, wie ausgeführt. Was das Eingreifen des Militärs betreffe, so bestesse eine Vereinbarung zwischen Baden und Preußen, in welcher das Eingreifen des Militärs geregelt. Ein Eingreifen des Militärs sei nur auf eine Requisition der Zivilbehörde möglich, dazu sei natürlich bei den Versammlungen am roten Sonntag keine Beschränkung vorgelegen. Er wolle den Vorwurf zurückweisen, daß die Sozialdemokraten, als Bürger 2. Klasse behandelt würden. Wenn die sozialdemokratischen Versammlungen anders behandelt würden, so liege dies in den besonderen Charakter dieser Versammlungen, der allerdings vielfach ein aufreger Charakter sei. Was die letzte Anfrage Lehmanns betreffe, so möchte er dieselbe als eine naive Begegnung, nicht parlamentarisch zulässig sei. (Heiterkeit.) Sodann kommt der Redner auf die Aeußerung zurück, die vor zwei Jahren getan, daß er die Sozialdemokratie diesem Hause nicht mitführen möchte. Eins möchte er sagen, daß die Regierung niemals dulden werde, daß ein Beamter durch sein äußeres Verhalten die Sozialdemokratie zu färbem. Er halte es aber für recht, wenn die Sozialdemokratie hier in diesem Hause Gelegenheit finde, mit den anderen Parteien ihre Anträge einzubringen und die Wünsche vorzutragen. (Weißall.)

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Nächste Sitzung Montag 1/2 Uhr.

Leitung.

Für die russischen Freireichskämpfer gingen am 11.20 Uhr. — Vom Wahlverein Eingen. a. Posen 40,65 Mtl.

Expedition des Volksfreunds

Grossen! Agitiert für den Volksfreund